

Änderungsantrag
der Abgeordneten Frau Garbe

zur Sammelübersicht 175 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 11/7804 —

hier: Tierschutz

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 4-11-10-7833-12722

- a) der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen,
- b) dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft als Material zu überweisen mit der Bitte, an die Westdeutsche Rektorenkonferenz heranzutreten mit dem Vorschlag, sofort auch tierversuchsfreie Ausbildung zum Tiermediziner zu gewährleisten, dort, wo dies zur Zeit noch nicht der Fall ist.

Bonn, den 24. Oktober 1990

Frau Garbe

Begründung

Der Petent bittet die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Initiative zu ergreifen und sich dafür einzusetzen, daß Studenten bzw. Studentinnen der Medizin der Freien Universität Berlin, die Tierversuche oder das Töten von Tieren für unmittelbar anschließende Versuche aus Gewissensgründen ablehnen können und eine Alternative zum Erwerb ihrer Leistungsnachweise geboten wird, im Bundestag die Initiative zu ergreifen, um durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes zu erreichen, daß auch die Tötung von Tieren für unmittelbar anschließende Organpräparationen und Versuche unter die einschränkenden Vorschriften des § 10 Tierschutzgesetz fallen.

Der Petent hat in Vertretung der Studentischen Initiative Berlin dargelegt, daß verschiedene Universitäten längst Alternativen zu Tierversuchen/-tötungen anbieten, wie z.B. Gießen, Erlangen, Zürich, Hannover.

Nach § 1 des Tierschutzgesetzes ist es Zweck des Gesetzes, Leben und Wohlbefinden der Tiere zu schützen.

Das Töten eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund ist strafbar.

Die Approbationsordnung für Ärzte schreibt nicht vor, wie das Wissen jeweils vermittelt werden soll, somit pochen die Professoren auf ihre „Lehrfreiheit“ und verordnen Tierversuche zu Pflichtversuchen. Die angehenden Ärztinnen und Ärzte lehnen aber diese Tierversuche vor allem deshalb ab, weil die Achtung vor dem Leben auch den Mißbrauch von Tieren ablehnt.

Die Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90 unterstützt die Forderungen der Petenten.